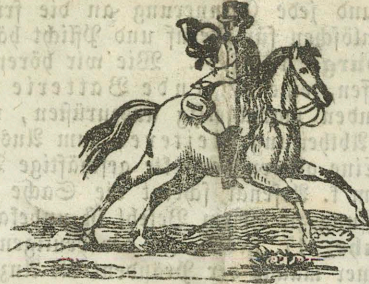


Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellsbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 fr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Canton Schaffhausen fl. 2. 45 fr. — 3) in Württemberg fl. 2. 38 fr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbereichs fl. 2. 30 fr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitdruck ober deren Raum 8 fr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaction dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammermichl in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissar G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt

- Deutschland. Frankfurt (Programm der Bundesstaatspartei der Reichsversammlung. Kundgebungen aus Berlin. Die Spielbänke in Homburg. Wien (Die Kirchen- und die Judenemancipationsfrage. Stadion's Rücktritt besorgt. Strenge des Belagerungszustandes und der Polizei. Vom ungarischen Kriegsschauplatz: Proclamation des Fürsten Windischgrätz. Kriegsrechtliche Urtheile. Die Serben). Von der schlesisch-galizischen Grenze (Die Befestigung von Bielitz). Berlin (Sitzung des Localvereins zum Wohle der arbeitenden Klassen). Hannover (Die erste Kammer über die Grundrechte. Die Adresscommission). Ludwigsburg (Militärische Vorkehr). Karlsruhe (Aus der zweiten Kammer). Von der Lahn (Organisation der Arbeit und progressive Einkommensteuer). Darmstadt (Die großherzoglich hessischen Grundrentenscheine). Schwerin (Der Vorschlag über Amnestie für politische Verbrechen). Aus dem Riddathale (Adresse an die Reichsversammlung).
- Schweiz. Bern (Die neue sardinische Note). Basel (Die sardinische Zumuthung).
- Italien. Florenz (Berwickung. Missionen Expedition). Rom (Provisorische Regierung. Tesoro. Drei Consuln).
- Frankreich. Paris (Carneval. Emil v. Girardin. Wahrscheinliche Intervention in Italien. Fürst Poniatowski und Commandeur Martini. Die Renten). Lyon (Aufschwung der Geschäfte).
- Spanien. Madrid (Deputirtenkammer. Eine Rede des Abgeordneten Donoso Cortes).
- Großbritannien. London (Nachrichten aus Amerika. Stiftungsfest des deutschen Hospitals).
- Nachricht.
- Börsenberichte.

Deutschland.

RC Frankfurt, 20. Febr. Gestern Abend fand die zweite Versammlung im Weidenbusche statt von Seiten derer, welche am Bundesstaate festhalten wollen. Die erwählte Commission legte das Programm vor, welches zu entwerfen ihr aufgetragen war, und welches kurz und bündig lautet wie folgt: „Wir Unterzeichnete vereinen uns, gemeinschaftlich dafür zu wirken, daß die bei der ersten Lesung angenommenen Grundlagen und Consequenzen des deutschen Bundesstaates im Wesentlichen festgehalten werden. Insbesondere betrachten wir die Bestimmungen der §§ 2 und 3 vom Reich, des § 1 vom Reichstag und des § 1 vom Reichsoberhaupt als solche, welche (für den deutschen Bundesstaat) nicht aufgegeben werden dürfen. Jeder Verzögerung, jeder Unterbrechung des Verfassungswerkes werden wir entgegentreten, sie komme von welcher Seite sie wolle.“ Die Versammlung war sehr zahlreich, die Verhandlung kurz, nachdrucksvoll und einig, und weil eben keine Verschiedenheit der Ansichten herrschte, kam man auch kurzweg dahin überein, daß eine Wiederholung der Versammlung zunächst nicht nöthig scheint, und daß es der Commission überlassen bleibe, ob und wann sie eine neue Zusammenkunft berufen wolle. Man hat sich also nun versichert vor Beginn der zweiten Lesung, daß die alte Mehrheit trotz aller neuen Coalitionsversuche noch in festen, geschlossenen Reihen zum letzten Kampfe gerüstet ist. — Die Nachrichten aus Berlin und Hannover lauten sämtlich günstig für die Sache des Bundesstaats. Der König von Hannover selbst soll nach Berlin gemeldet haben, daß er nicht eilen werde, sich einem monarchischen Oberhaupt Deutschlands unterzuordnen, daß er aber auch nicht zögern werde mit seiner Zustimmung, sobald die Majorität der deutschen Fürsten dafür stimme. Diese Majorität scheint jetzt schon vorhanden zu sein, und von Berlin aus sind unzweideutige Aeußerungen bekannt, welche dahin gehen, daß man gerüstet und entschlossen ist, folgende Sätze festzuhalten und durchzuführen: Der in erster Lesung beschlossene Bundesstaat mit dauerhafter, einheitlicher Spitze tritt unter Anführung Preussens in's Leben; wer nicht eintreten will, der folge unbehindert seinem Absonderungsgelüste und verbleibe nur im bisherigen Staatenbunde, wer aber das Zustandekommen des Bundesstaates hindern will, der hat es mit Preußen zu thun. Die Vertagung der preussischen Kammern bis zum Schluß der zweiten Lesung in der Paulskirche, soll nur deshalb nicht beschlossen worden sein, weil das Ministerium Brandenburg nicht länger dem Urtheile der Landesvertretung sich entziehen wolle und könne. Dagegen erwartet man, daß mit Rücksicht auf Frankfurt die Vertagung der Berliner Kammern nach der Adreßdebatte eintreten werde. Zu diesem Zwecke wollen Vincke, Schwerin u. a. dort sprechen und wirken.

Frankfurt, 18. Febr. Dem „Schwab. Merk.“ schreibt man von hier: Die H. H. Blanc, Spielwächter zu Bad Homburg, hatten sich als französische Bürger an ihre Regierung mit dem Ersuchen gewendet, zu ihrem Besten einzuschreiten, um ihnen zu einer Schatzhaltung wegen der Verluste zu verhelfen, die ihnen aus der verführten und einseitigen, daher auch widerrechtlichen Auflösung ihres mit der homburgischen Regierung abgeschlossenen Pachtvertrags erwachse. Diese Reclamation ist auch keineswegs erfolglos geblieben, und bereits ist von Seiten des franzö-

sischen Ministeriums ein derselben entsprechender Schritt bei der landgräflich hessischen Regierung gethan worden, von dem sich die H. H. Blanc die Befriedigung ihrer Ansprüche verheißten.

Wien, 16. Febr. Nächst den ungarischen Angelegenheiten, deren Gang besonders unter der Handelswelt wegen der den kaiserlichen Manifesten vom 6. November und 2. December 1848 entgegenlaufenden Anerkennung der ungarischen Ein- und Zweiguldennoten durch den Fürsten Windischgrätz immer größere Unzufriedenheit erregt und so gar unsere Journalistik, darunter die conservative „Presse“, dazu bringt, dem Ministerium den stürklichen Rath zum strengsten Einhalten seines Programms zu geben, — beschäftigt die kirchliche und die Judenfrage Journale und Publikum sehr lebhaft. Die Kirchenfrage dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach der Reichstag mit genauer Kenntniß unserer religiösen Zustände in der einzig möglichen Weise lösen, indem er es bei den Josephinischen Verordnungen befaßt. Jrgend einem Princip vollkommen zu huldigen, könnte uns in unabsehbare Gefahren stürzen, so schön die Idealisten auch predigen mögen. Sind doch einige Provinzen, wie z. B. Tirol, noch nicht einmal für Josephs II. Maßregeln herangereift. Die Judenemancipation wird schwerlich durchgehen. Die Majorität des Reichstags ist dafür, das Ministerium scheint dafür zu sein; die entgegenstehende Minorität bilden die Bauern, ein Theil der Polen und Ruthenen und einige rohe Finsterlinge; aber ein guter Theil der Emancipationsanhänger ist gänzlich unfrei in dieser Frage, indem sie theils den ausdrücklichen Auftrag von ihren Committenten haben, die Juden nicht zu emancipiren, theils diesen Wunsch voraussetzen und daher bei ihrer Rückkehr für ihre persönliche Sicherheit besorgt sind. Wenn die Regierung ernstlich wollte, wäre eine Erledigung dieser Angelegenheit im Sinne der Humanität doch möglich. Aber sie scheint sie nur zu wünschen, um durch den Beschluß des Reichstags diesen unpopulär und durch seine Nichtsanctionirung sich populär zu machen. Man besorgt den Rücktritt Stadion's. — Die Spannung in der Woiwodschafft Serbien und in Croatien wird immer größer und in der Slowakei soll sich, zuverlässigen Briefen zufolge, ebenfalls eine sehr gereizte Stimmung entwickeln. Vom Kriegsschauplatz laufen widersprechende Nachrichten ein; alle Welt deprecirt gegen russische Hilfe. Der Druck des Belagerungszustandes nimmt täglich zu statt ab. Seit die berufene Rakete gestiegen ist, werden auf den Glacis die Passirenden des Abends durchsucht, um die unnützen Feuerwerker zu entdecken und den menschlichen Schützen auf die Spur zu kommen. Einige Gezellen, „Ausländer“, d. h. Deutsche, wovon einer in einem Wirthshaus in Weidling eine deutsche Cocarde trug und mit den andern das deutsche Vaterland sang und hierdurch „Aergerniß gab“, wurden „durch die Thätigkeit des Inspectionsbeamten in Hieging“ ausgeforscht und werden mit Schub an die Grenzen gebracht.

Wien, 16. Febr. Manderlei Anzeichen deuten darauf hin, daß die Emancipation der Juden in Oesterreich doch nicht so rasch und ohne weiteres erfolgen werde, als dies die Zusammensetzung des Reichstags in Kremsier, die eben im Gang befindlichen Debatten über Glaubens- und Gewissensfreiheit und überdies die Emancipation entschieden befürwortende Artikel in ministeriellen Blättern, wie „Lloyd“ und „Wien. Ztg.“, noch vor wenigen Tagen erwarten ließen. Thatsache ist es, schreibt man dem „Const. Bl.“, daß die Kammer auch durchaus nicht an dem Princip der Emancipation zweifelt. Nur hegen Bedächte die Zweifel, daß die christlichen Staatsbürger nicht reif seien, die Emancipation der Nichtchristlichen zu ertragen. Ein sehr achtbarer Abgeordneter glaubt einen Ausweg gefunden zu haben, wenn er das Princip von der Kammer anerkennen läßt, und haben will, daß alle Ausnahmsgesetze in Betreff der Israeliten allmählig aufgehoben werden sollen, jedoch so, daß sie bis Ende des Jahres 1855 völlig aufgelassen sind.

Die gesammte italienische Armee hat an S. M. den Kaiser eine Adresse gerichtet, worin sie bittet, dem Zbyszewskyschen Antrag auf Vertretung der Armee im Reichstage die allerhöchste Sanction zu verweigern. Unter anderen heißt es darin:

„Iren den Gesezen ihres Vaterlands erkennt die k. k. Armee in Gw. Maj. allein ihren Herrn und Führer; sie kann und wo daher an keiner Berathung Theil nehmen, die sie in Widerspruch mit ihren Pflichten bringen, die ihre Disciplin, das Palladium ihrer Ehre und Treue, erschüttern könnten. Sie wird mit dem letzten Blutstropfen die Institutionen verteidigen, die Gw. Maj. im Einvernehmen mit den Brüdern ihrer Wälder der Monarchie ertheilen werden; sie erkennt aber keinen Unterchied der Nationalität in ihren Reihen.“

Camillo Freiherr von Schlehta aus Wien und Ferd. v. Eisenbach, k. k. Hauptmann in Pension aus Graz, waren wegen Theilnehmung an den Octoberereignissen im December v. J. zum Tode verurtheilt, das Urtheil jedoch für beide in 12jährigen Festungsarrest gemildert worden.

Die Rundmachung des Urtheils aus Gründen, die Untersuchung betreffend, bis jetzt verschoben, ist nunmehr in der „Wiener Zeitung“ erschienen.

Vom Kriegsschauplatz in Ungarn sind neuere bestimmte Nachrichten nicht eingelaufen. Das Hauptquartier soll dem „Constitutionellen Blatt“ zufolge wirklich weiter vorwärts ins Land verlegt werden. Ob aber wirklich bis nach Szolnok, etwa den halben Weg nach Debreczin, oder nur bis Ezeled, ist noch nicht officiell bekannt geworden. — Aus dem Hauptquartier Ofen hat der Fürst Windischgrätz nachstehende Proclamation erlassen:

Mit meinen Proclamationen vom 13. November und 13. December veröffentlichten, so wie vom 7. Januar l. J., habe ich alle Bewohner Ungarns mit meiner zu löblichen Aufgabe, nämlich der Herstellung des Friedens, der Ordnung und Gesezlichkeit bekannt gemacht. Mit Zufriedenheit habe ich auch die Wirkung gesehen, die in Folge dieser Proclamationen sich allenthalben kund gab. Nur einzelne Ortsschaften, durch schändliche Wähler beherrscht, versuchten noch die so nöthige Ruhe und Ordnung durch Verbreitung kostbarer Aufrufe, Befehle und Beschlüsse zu stören. Bewohner Ungarns! ihr habt gesehen, wie sehr von mir — in der Voraussezung, daß die Mehrzahl mehr Irregelmäßigkeiten und Verführer, als wirkliche Rebellen sein dürften — Milde geübt wurde; doch wer es jetzt noch versucht, mit der Debrecziner Umsturzpartei gemeinschaftliche Sache zu machen, von ihr Befehle anzunehmen, solche zu verbreiten, oder eine wie immer geartete Verbindung zu unterhalten, die Gemeinden aufzureizen, kann keine Rücksicht mehr erwarten, diesen muß die Strafe des Hochverrätbers treffen. — Ich entsende in verschiedenen Richtungen Truppen, deren Commandanten mit dem Jus gladii versehen werden; bei dem ein kostbarer Aufruf, oder was immer für eine von besten Partei herrührende Schrift, Brief, Zeitung u. s. w. gesendet wird, verfällt unanfechtlich, ebenso wie jener der standrechtlichen Behandlung, welcher Waffen verheimlicht, oder das Volk zum Ungehorsam aufreizt. Jeder Postmeister oder Postbeamte, welcher die Gemeinden aufzureizen, kann keine Rücksicht mehr erwarten, diesen muß die Strafe des Hochverrätbers treffen, dem sogenannten honvédelmi bizottmany, aus dem Rebellenverstecke zu erhalten; denn ich habe die Gewißheit erlangt, daß gerade meist die Israeliten sich zu Spionen und Lieferanten der Rebellen gebrauchen lassen, so wie sie es sich auch zur Aufgabe machen, falsche und schlechte Nachrichten über angebliche Siege der Rebellen zu verbreiten, um dadurch Furcht und Mißtrauen zu erregen; daher wird für jeden Israeliten, welcher ober-angedeuter Vergehen wegen, kriegerisch oder standrechtlich gerichtet wird, jene Judengemeinde, zu der er gehört, 20,000 Gulden C. M. als Strafe bezahlen. Hauptquartier Ofen, am 11. Februar 1849. Alfred Fürst zu Windischgrätz m. p., k. k. Feldmarschall.

Die militärische Untersuchungscommission in Ofen setzt mittlerweile ihre Thätigkeit fort und Verhaftungen, amtlich verkündigte Urtheilsprüche und Executionen geben davon Zeugniß. So ist am 12. Febr. der Buchdrucker Eisenfels in Pest, früher Verleger des Saphir'schen „Ungars“ festgenommen, und die Papiere eines Beamten der Dampfschiffahrtsgesellschaft sind mit Beschlag belegt worden. Felix Szlawski, aus Krakau, ein Schneider, ist wegen grober und aufreizender Schmähungen gegen den Kaiser, die er in dem Quartier mehrerer kaiserlicher Soldaten äußerte, und wegen Versuchs, diese Soldaten zum Trennbruch zu verleiten, zum Tod durch den Strang verurtheilt, und dieser hochnothpeinliche Spruch laut amtlicher Rundmachung durch Pulver und Blei an dem Verurtheilten vollzogen worden. Ferner ist Marcus Wittö, aus dem Orden der barmherzigen Brüder zu Ofen, aus dem Pestburger Comitatz gebürtig, überwiesen, in einem Gasthose zu Pest falsche und für die k. k. Truppen nachtheilige Kriegsnachrichten in böswilliger Absicht ausgebreitet zu haben, kriegsrechtlich zu einem achtmonatlichen Profosenarrest in Eisen verurtheilt, und diese Strafe bereits in Vollzug gesetzt worden. Dagegen sind Szent-Kiraly, ehemaliger Generalcapitän, und der Banbeamte Libaschansky nach kurzer Haft wieder auf freien Fuß gesetzt, da sie nachwiesen, daß sie sich nur den Forderungen der Schreckenzeit gefügt, soweit dies nicht zu umgehen war.

In Weiskirchen, schreibt man dem czechisch-gesinnten „Const. Bl.“ aus Agram, sollen 190 Serben von den dortigen magyarisch gesinnten Deutschen vor dem Einrückten der serbischen Truppen ermordet worden sein. — Nach der Einnahme von Verbasz hatten die Serben ihre Truppen bis nach Kula vorgezogen, wo sie ein mörderisches Gesecht mit den Magyarern lieferten; das Dorf, in welchem sich die Honveds einquartierten, mußte den Flammen preisgegeben werden, worauf sich die Ungarn nicht mehr getrauten, Stand zu halten, sondern in aufgelösten Haufen davon liefen. Aus Kula drangen die Serben über Boja bis nach Topola vor, wo sie am 30. Jänner ihr Hauptquartier aufgeschlagen haben. Allen Ortsschaften, welche sich widersezt hatten, wurde eine Kriegsteuer auferlegt. Die Serben führen heftige Klage gegen die deutschen Einwohner im Banate, von welchen sie den meisten Widerstand und Verrath erfahren mußten; nur in Beckerek haben die Deutschen gemeinsame Sache mit den Serben gemacht, und den magyarischen Heerführer Danjanics kräftig angegriffen und verfolgt. In Weiskirchen, Berek und Beckerek sind schon serbische Districtscomites errichtet worden. Der Held Knicanin weist gegenwärtig im Kinkindar Bezirke

und hat in Hagfeld sein Hauptquartier genommen. Gegen das Temesvarer Generalcommando werden die Klagen von Seite der Serben immer heftiger; diese Militärbehörde will sich nämlich die Banater Grenze wieder unterordnen, während der Kriegsrath zu Temesvar seine Gewalt über das Banater Provinziale ausdehnen möchte.

* **Von der galizisch-schlesischen Grenze**, 11. Febr., ist dem „Const. Blatt aus Böhmen“ ein Schreiben zugegangen, worin der von österreichischen Blättern verbreiteten Nachricht, daß in Bielitz und der Umgegend Unruhen ausgebrochen, daß in Folge dessen der Rayon dieser Stadt mit kaiserlichen Truppen besetzt, der Ort selbst in Belagerungszustand erklärt, bereits bombardirt und zerstört sei u. c., widersprochen wird. Die Stadt sei vielmehr vollkommen ruhig, zwischen Civil und Militär herrsche gutes Einvernehmen und politische Bewegungen von welcher Erheblichkeit seien gar nicht vorgekommen. Ursache der allerneuesten strategischen und politischen Verfügungen für Bielitz sei vielmehr seine Eigenschaft als schlesische Grenzstadt und seine Lage an den ungarischen Karpathen, denen sich die ungarischen Kriegsvorfälle genähert.

= **Berlin**, 18. Febr. In der heutigen Sitzung des Localvereins zum Wohl der arbeitenden Klassen, der im Saal der Stadtverordneten im Könlischen Rathhause seine Sitzungen hält, wurden zwei ebenso wichtige als schwierige Gegenstände angeregt. Der erste derselben ist die Begründung einer Anstalt zur Versorgung der Invaliden der Arbeit. Der Anschlag, welcher vorgelegt wurde, forderte 288,000 Nthlr. jährlich allein für Berlin. Diese Summe soll aufgebracht werden zu einem Theile durch die Arbeiter selbst (120,000 Nthlr. jährlich), zum zweiten Theile durch die Kammern (108,000 Nthlr. jährlich). Der zweite Gegenstand war ein Protest gegen die durch eine Anfügung des Magistrats ausgesprochene „Anerkennung der octroyirten Gewerbeordnung“, in welcher der Antragsteller, ein Mann des Gewerbestandes, den Ruin der Berliner Gewerbetreibenden erblicken wollte. Zur Begutachtung des letzten Antrages ist eine eigene Commission gebildet. Beide Angelegenheiten werden zu ausgedehnten und interessanten Debatten in den nächsten Wochen Anlaß geben. Leider wird es dabei an Erseuerungen nicht fehlen, weil die größten politischen und socialen Streitfragen in's Spiel kommen.

Hannover, 17. Febr. Die erste Kammer hat, wie leider wohl zu erwarten war, einen Beschluß gefaßt, welchem zufolge im geraden Gegensatz zu dem der zweiten Kammer das Ministerialschreiben über die Grundrechte an eine Commission verwiesen ist. Herr v. Honstedt stellte in der ersten Kammer einen mit dem jetzigen Beschluß zweiter Kammer gleichlautenden Antrag, den er mit echt patriotischen Worten begründete, dagegen aber trat der Glaser Thormeyer von Hilbesheim auf, um eine gemeinschaftliche Commission zu beantragen, die das Ministerialschreiben prüfen und begutachten soll. Es ist in diesen beiden Tagen heißer gekämpft als gewöhnlich, doch sah man es den Kämpfern für die deutsche Sache an, daß sie von vornherein an ihrem Siege verzweifelten. Bei der zweiten Berathung stimmten für den wiederholten v. Honstedt'schen Antrag 19 gegen 36, und für die zuerst beschlossene Commission 35 gegen 20. Was das Ministerium thun wird, ist bei dem entgegengesetzten Resultat in den beiden Kammern wieder zweifelhafter geworden. Die Spannung ist sehr groß.

Die Adresscommission, die mit dem Entwurf einer gemeinschaftlichen Adresse als Erwidrerung auf die Thronrede beauftragt wurde, hat sich nicht vereinigen können. Von dem Abgeordneten für Stade ist ein Adressentwurf vorgelegt, in welchem es heißt:

„Die Einigung Deutschlands war seit langer Zeit der sehnlichste Wunsch aller Besseren im deutschen Volk. Für die Erreichung dieses großen Ziels sind manche Opfer gefallen. Aber wir hoffen zu Gott, die Zeit der Opfer ist jetzt vorüber. Das Verfassungswerk Deutschlands naht sich seiner Vollendung. Wir erkennen mit Eurer k. Majestät Regierung an, daß unverbrüchliches Festhalten am Gesetz die Grundbedingung eines geordneten Staatslebens sei; aber nur durch eine Vereinigung Deutschlands zu einem Bundesstaat wird dauernd die Freiheit gesichert, die regelmäßige Entwicklung der Zukunft ermöglicht und der Wiederkehr der Revolution ein fester Damm entgegengehoben werden können. Stände erachten es darum für eine heilige Pflicht eines jeden deutschen Stammes, der Regierung wie des Volks, dieses große Einheitswerk, das Bollwerk deutscher Freiheit und Gerechtigkeit, die sicherste Bürgschaft des Friedens, zu fördern. In solchen Bestrebungen werden Stände die Regierung bereitwillig unterstützen und gern die Opfer mit tragen helfen, die durch die Vortheile, welche die Sicherstellung des Friedens verbürgt, mehr als aufgewogen werden. Das Land trägt zudem in sich selbst reiche und unentwickelte Kräfte, deren gründliche Erweckung und Belebung die Opfer ausgleichen und ernste Sorgen um den Gesamtwohlstand des Königreichs zerstreuen werden. Die Grundrechte, als die erste Kunde der Freiheit, als das erste Einigungsglied, sind freudig begrüßt worden von dem deutschen Volk. Gesetzmäßig sind sie verkündet von dem Träger der höchsten Gewalt in Deutschland, maßgebend für alle Einzelstaaten; ihre Erhaltung, Kräftigung und Fortbildung ist zu einer allgemeinen Angelegenheit des deutschen Volks geworden. Stände erwarten, daß Ew. Majestät Regierung zur Zerstreung aller etwanigen, obwohl von uns für unbegründet erkannten Bedenken, die Grundrechte, wie die Reichsgesetze überhaupt, durch das „Gesetzblatt“ zur noch allgemeineren Kenntnis bringen und für deren öffentliche Verwirklichung Sorge tragen werden.“

Von einem andern Mitgliede der Adresscommission ist ein Justizministerium-Entwurf vorgelegt, der Ja sagen will zu den Grundrechten, aber doch das „Ja“ zur Zeit noch verlaululiren möchte durch allerlei Besorgnisse, durch das Gespenst geängstigt, die deutsche Verfassung komme nicht zu Stande. Es hilft wenig, wenn man dem ängstlichen Bergen sagt, daß es im Interesse der Fürsten liegt, die Verfassung Deutschlands zu einigen. Eine andere Partei will zur Zeit die Grundrechte in der Adresse ignoriren. Man hat ja dem Volke weiß gemacht, das Christenthum sei durch die Grundrechte abgeschafft, und jeder Grundeigentümer sei gezwungen, in die kleinsten Theile sein Grundeigentum zu zerstückeln, kurz von vielen außer der Ständeversammlung hat man maulwurfsartig den Bau der deutschen Einheit zu unterwühlen gesucht. Die Adresscommission oder vielmehr die Mitglieder derselben aus der II. Kammer werden Anzeige machen, daß man sich nicht hat vereinigen können und eine ein-

seitige Adresse II. Kammer kann hoffentlich zu Stande kommen, wenn nicht die I. Kammer, in welcher doch auch viele Volksfreunde Sitz und Stimme haben, der Volksstimme Gehör gibt und jede Erinnerung an die frühere Adelskammer auszulöschen für Beruf und Pflicht hält. (Mgztg.)

Ludwigsburg, 17. Febr. Wie wir hören, ist Befehl hier eingetroffen, eine reitende Batterie binnen zweimal 24 Stunden marschfertig auszurüsten, und eben so hat sich eine Abteilung Reiterei zum Ausmarsch parat zu halten. Eine gestern bemerkte geschäftige Thätigkeit im Parken u. beim k. Arsenal scheint die Sache zu bestätigen. Die Veranlassung zu diesem Befehl ist unbekannt. (L. T.)

* **Karlsruhe**, 17. Febr. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer machte der Präsident die Anzeige, daß die erste Kammer den an sie gelangten beiden Gesekentwürfen über Einführung der Schwurgerichte und der allgemeinen Wechselordnung ihre Zustimmung erteilt habe.

(**Von der Vaha**, 18. Febr. Es ist gar nichts Neues und für den Geschäftskundigen Auffallendes, daß in Zeiten großartiger, selbst organischer und heilsamer Umgestaltungen des religiösen und politischen Lebens, bei der fieberhaften Aufregung, Spannung und oft Verwirrung der Gemüther, welche dieselben naturgemäß begleiten, Grundzüge Anhang finden und um Lehren sich ein Schwarm bildet, die eben so zufällig wie jene wesentlich bedingt, und eben so verwerflich wie jene gerechtfertigt sind. Wer kennt nicht die heillosen Lehren eines Johann von Leiden oder eines Thomas Münzer, die neben der Reformation hergingen, die lächerlichen und traurigen Verirrungen, welche die Revolution in England begleiteten, wo bekanntlich das ganze Parlament zuletzt in einen so bedenklichen Geisteszustand gerathen war, daß es das mosaische Gesetz einführen wollte? Gewiß darf es daher nicht befremden, wenn in unseren Tagen, wo die Gesellschaft bis in ihre Grundfesten erschüttert ist und aus allen Fugen zu brechen droht, selbst unter den sonst besonnenen deutschen Lehren Prediger und Anhänger finden, die in Zeiten, wo die Strömung der Geschichte klar und ruhig ist, nur als Paradoxie und Unsinns verspottet würden. Charakteristisch, wenn auch erklärbar, ist es nur, daß die Schwärmer sich von den himmlischen Dingen abgewendet hat und in das Gebiet der Nationalökonomie, also in das Reich der fühlenden Betrachtung und nüchternen Berechnung gerathen ist. Es heurkundet und ehrt den sittlichen Geist der Deutschen, daß sonst so appetitliche Lehren, wie die von der Gemeinschaft der Weiber und irdischen Güter, gar keinen, oder nur leisen Anklang gefunden haben; es bezeugt dagegen aber auch, wie wenig das tiefere Studium der ökonomischen Verhältnisse unter uns verbreitet ist, daß entweder Triviales oder Thörichtes sagende Phrasen, wie Organisation der Arbeit, progressive Einkommensteuer u. dgl. Cours hatten oder noch haben und als Zauberformeln für die Linderung der Volksnoth ausgerufen werden. Belehrung hilft nichts; denn die der Belehrung Fähigen sind durch den Schiller der Wahrheit nicht bethört und die Bethörten sind der Belehrung nicht fähig. Das einzige sichere Mittel, den Zauber zu lösen, ist das Experiment. Was hätte es geholfen, wenn man den armen Bauern, die Thomas Münzer bei Frankenhäusen weiß machte, sie seien kugelfest, vorgetragen hätte, eine solche Kugelfestigkeit widerspreche allen Gesetzen der Physik? Man hätte für einen Fürstentknecht gegolten und wäre den unangenehmsten Berührungen ausgesetzt gewesen. Das Experiment der Schlacht, wo die Armen rings blutend niederknieten, löste schnell den Zauber der Täuschung. Was hat es geholfen, daß noch im Frühjahr vergangenen Jahres, wo man in Frankreich, einzeln auch in Deutschland, den brodtlosen Arbeitern durch Organisation der Arbeit zu helfen versprach, dort wie hier sachkundige Männer nachwiesen, eine Organisation der Arbeit zur Verbesserung des Schicksals der Arbeiter im Sinne L. Blanc's könne nur ihr Gegenheil zur Folge haben, nämlich die Arbeit der Organisation, Demoralisation und größere Noth der wirklich arbeitenden Klassen. Sie wurden in Deutschland als Reactionäre verschrien und in Paris kam sogar Herr Chevalier um seinen Lehrstuhl. Erst durch den Schaden des Experiments ist man klug geworden, und die pompöse Phrase hat allen Zauber verloren. Eine ganz ähnliche Phrase, die gegenwärtig unendlich oft verkündigt wird und von der man allerlei schöne Sachen, wie Entlastung der arbeitenden Klassen, Zerlegung der großen Capitalien und bedeutende Erträge für die Staatskasse erwartet, ist die progressive Einkommensteuer. Wir wissen, wie ausgeführt ist, daß Belehrung nicht hilft, wir maßen uns das Recht nicht an, solche, die vom Volke einen Beruf, aber von Gottes Gnaden und durch Studium keinen haben, über verwickelte Fragen der Staatswirtschaft zu urtheilen, aus den Hallen der Wissenschaft, wie der Herr die Wechsel aus dem Tempel, auszutreiben; aber wir halten uns für berechtigt, damit man der deutschen Wissenschaft nicht vorwerfen kann, sie habe zu all' den Experimenten geschwiegen, den ganzen Trug der Phrase zu enthüllen. Dies soll in wenigen, scharfgezogenen Strichen geschehen.

Der ganze Zauber der Phrase für das große Publikum beruht darauf, daß sie wirklich den Schein der Wahrheit trägt. Als die Finanzwissenschaft, um einen berühmt gewordenen parlamentarischen Ausdruck zu gebrauchen, noch in der Wiege lag, mußte schon jedem Abschüss in derselben einleuchten, daß periodische Abgaben, wenn nicht Rassendefecte entstehen sollen, nur aus dem laufenden Einkommen bestritten werden können, und daß die Gerechtigkeit verlangt, der Reiche müsse in dem Maße, als seine Kräfte größer sind, mehr beitragen, als der Arme. Wenn der Ausdruck progressive Einkommensteuer diese Wahrheiten bedeuten soll, so ist die Entdeckung derselben nicht viel jünger als die heilsame Entdeckung des Schlags, die Sancho Panza mit Recht einem sehr einsichtsvollen Mann zuschreibt. In der That finden wir seit den ältesten Zeiten eigentliche Staatsabgaben, im Unterschiede von grundherrlichen und bloß theokratischen, darnach regulirt, freilich mit Ausnahmen, wie z. B. bei den nordischen Völkern ein auf die Nasen veranlagter Zins vorkommt. Wer also eine progressive Einkommen-

steuer in diesem Sinne verlangt, beweist, daß er die Sache kennt, wenn er aber weiter nichts verlangt und weiter nicht zu rathen weiß, daß er nur den ersten Buchstaben von einem ganzen Alphabet versteht und diesen obendrein mißversteht.

Der unterrichtete Finanzmann versteht natürlich bei dem Ausdruck Einkommensteuer nur, daß die Steuer aus dem Einkommen bezahlt werden kann, nicht daß sie stets nach demselben normirt werden soll. Die Norm für eine gerechte Vertheilung der Steuern kann, von Partialabgaben abgesehen, nur die Steuerkraft, das heißt die Fähigkeit Steuern zu entrichten, sein. Diese Steuerkraft steht nun aber oft, aber bei weitem nicht immer, mit dem Einkommen in directem Verhältnis. Nur selten, wenn man unter Einkommen das objective oder reale, d. h. den Ertrag der einer Person zustehenden Einkommensquellen darunter versteht; denn die Steuerkraft dessen, der ein Einkommen von 1000 fl. genießt und 20,000 fl. zu 5 pCt. zu verzinsen hat, ist gerade = 0. Aber auch nicht, wenn man das subjective oder personale, d. h. die bei bestimmten Vermögens- und Erwerbsverhältnissen periodisch disponibeln Mittel damit meint. Denn es wird doch Niemand behaupten, daß ein Junggesell und ein Familienvater, der viele Kinder zu versorgen hat, bei gleichem Einkommen gleiche Steuerkraft besitzen. Ebenso wenig wird man mit Grund annehmen dürfen, daß zwei Personen bei gleicher Familienlage, von denen die Eine als Jäger, Hirte, Gutsbesitzer u. dergl., in freier Luft lebend, bei rauher Kost trefflich gedeihend, all' ihre Culturbedürfnisse durch ein Gebetbuch oder auch ohne dieses befriedigt, von dem Klima der sittlichen Welt unberührt nur die bequemste Kleidung trägt und ihre Soireen und Rendez-vous unter Erlenbüschen hält, und eine Andere, die als Staatsmann oder Gelehrter im Dienste der heiligsten Interessen der Menschheit erschöpft, bei höchst entwickelten geistigen Bedürfnissen, zum physischen Bestehen gewählter Nahrungsmittel und Arzneien, zum geistigen und sogar zur Führung ihres Geschäftes Bücher, Correspondenzen u. s. w. bedarf, in Kleidung, Wohnung, in allen Formen des Lebens den Pflichten des Anstandes sich nicht entziehen kann, bei gleichem Einkommen gleiche Steuern zahlen können. Man erwäge nur, wie vielfältig sich diese Unterschiede und Gegenätze im Leben gestalten, um sofort zu erkennen, daß eine Steuer, die ohne Rücksicht auf die Steuerkraft, bloß nach dem Einkommen und sogar progressiv normirt ist, die größten Ungerechtigkeiten einschließt. (Schluß folgt.)

Darmstadt, 17. Febr. Nachdem ein Theil des von der großherzoglich hessischen Regierung unter dem Namen „Grundrentenscheine“ creirten Papiergeldes von zwei Millionen Gulden bereits dem Verkehr übergeben ist, dürfte es dem größeren, insbesondere dem nicht hessischen Publikum erwünscht sein, über die Garantie dieses Papiergeldes Näheres zu vernehmen. Die Creirung desselben gründet sich auf das mit ständischer Zustimmung erlassene Gesetz vom 30. Juli 1848, wonach die zwei Millionen Papiergeld als öffentliche Staatsschuld garantiert und zu deren besonderen Sicherheit die speciell bezeichneten Tilgungsrenten von 2,399,031 fl. 52/100 fr. Ablöschungscapitalien, welche die Staatsschuldentilgungskasse für Gemeinden vorgeschossen und für eine Dauer von mehr als 40 Jahren noch zu beziehen hat, verunterpfändet sind. Aus den Erträgen dieser Tilgungsrenten werden die Grundrentenscheine vom Jahr 1851 an mit jährlich 80,000 fl. eingezogen und vernichtet. Sollten die Tilgungsrenten der verunterpfändeten Ablöschungscapitalien durch Kapitalrückzahlungen auf 2,200,000 fl. sich erniedern, so werden die Tilgungsrenten von einmal hunderttausend Gulden Ablöschungskapital weiter verunterpfändet, so daß die Mittel zur jährlichen Tilgung von 80,000 fl. Rentenscheinen bis zu deren gänzlichen Einziehung stets überschüssig gesichert bleiben. Ueber die gesetzmäßige Einziehung und Vernichtung der Grundrentenscheine wird jährlich Rechenschaft abgelegt, diese in öffentlichen Blättern bekannt gemacht, und außerdem über den Fortgang der Tilgung auf jedem Landtage den Ständen, durch Vorlage der abgeschlossenen Rechnung, Nachweisung erteilt. Die öffentlichen Kassen sind berechtigt, die Grundrentenscheine in ihrem Nennwerthe auszugeben, dagegen auch verpflichtet, dieselben bei allen an sie zu leistenden Zahlungen in ihrem Nennwerthe wieder anzunehmen. — Es geht hieraus hervor, daß das in Rede stehende Papiergeld vor allem anderen darin sich unterscheidet und auszeichnet, daß es sich nicht bloß auf den Staatscredit gründet, sondern auch seinem Besitzer ein entsprechendes specielles Unterpfand gewährt und daß die Wiedereinziehung und Vernichtung desselben gesichert ist. Da diese Scheine als unbedingtes Zahlungsmittel bei allen inländischen öffentlichen Kassen, die Zoll- und Eisenbahnkassen mit inbegriffen, angenommen werden, so erscheint die Errichtung einer besonderen Einlösungskasse unnötig, gegen welche, wenn sie als einzige Centralkasse bestünde und nicht an vielen Orten Filialkassen hat, mancherlei Bedenken zu erheben sein möchten, während die jetzige Einrichtung dem allgemeinen Verkehr die größte Erleichterung gewährt.

Schwerin. In der Sitzung der Abgeordnetenversammlung vom 14. wurde nach lebhafter Debatte über die verschiedenen Anträge in Betreff der Emanation eines Amnestieerlasses mit 47 gegen 43 Stimmen das auf diesen Gegenstand bezügliche Amendement des Abg. Krüger angenommen, demgemäß über den Antrag Raber's (wegen Erlasses einer allgemeinen Amnestie für alle politischen Verbrechen und Niedererschlagung der noch obschwebenden Untersuchungen) und die darauf bezüglichen beiden Erachten des Amnestieauschusses zur motivirten Tagesordnung übergegangen werden soll. Seine Motive schöpft das Amendement theils aus der noch nicht völlig wieder hergestellten Rechtssicherheit, theils aus der von Seiten der Regierung bezügigen Bereitwilligkeit zur Anwendung des landesherrlichen Begnadigungsrechtes in allen irgend dazu geeigneten Fällen, theils endlich aus der Ueberzeugung, daß die Behörden selbst die noch obschwebenden Untersuchungen möglichst schnell zu Ende führen werden.

□ **Aus dem Niddhale**, 19. Febr. Von den Gemeinden Braunheim, Bonames, Niedereschbach und Preun- gesheim ist unterm 17. d. M. eine Adresse an die deutsche Reichsversammlung gerichtet worden, worin die Unterzeich- ner diese Versammlung dringend auffordern, nach wie vor die durch das im März erwachte Volksbewußtsein gewon- nene Freiheit gegen Bedrohungen von unten und oben zu wahren. Sie erklären ihre Abneigung gegen ein Bundes- directorium und wünschen, daß eine starke Macht an die Spitze Deutschlands gestellt werde.

Schweiz.

* **Bern**, 18. Febr. Die Regierung des Königs von Sardinien hat eine zweite Note an den eidgenössischen Bundesrath erlassen. Sie beschwert sich darin, daß auch den mit sardinischen Pässen versehenen lombardischen Flücht- lingen der Aufenthalt im Kanton Tessin untersagt worden sei, macht geltend, daß ja die Völker der Lombardei im verfloßenen Jahre durch freie Abstimmung ihren Anschluß an Piemont ausgesprochen hätten, der von der National- versammlung in Turin sanctionirt worden sei, daß über- haupt die von einer Regierung selbst für Angehörige eines fremden Staates ausgestellten Pässe zu respectiren seien, und droht schließlich mit Unterbrechung der Handelsverbin- dungen mit der Schweiz, falls diese Sardinien und ihren Schützlingen nicht Recht gewähre. — Die schweizerischen Volksvereine veranstalten Petitionen an den sich bald ver- sammelnden Nationalrath um Aufhebung der Militärcapi- tulationen mit Neapel. Wahrscheinlich hierdurch veranlaßt hat der sicilische Beauftragte, Vito Beltrani, dem Bundes- rath ein Schreiben überreicht, worin er zugibt, daß der Bundesrath zu jener Aufhebung von sich aus nicht compe- tent sei, ihn aber ersucht, selbige, wenn sie im National- rath zur Sprache käme, zu unterstützen: Sicilien und die Völker Italiens seien geneigt, das Ihrige zur Schadloshal- tung der Schweiz beizutragen.

Basel, 19. Febr. Mit Bezug auf die neue sardinische Note sagt die „Bas. Ztg.“: Es soll also die Schweiz durch alle möglichen Mittel gezwungen werden, den Kanton Tessin zur Operationslinie gegen die Lombardei herzu- geben; die Zumuthung Giobertis aber, die piemontesischen Pässe als eine Art Kaperbriefe auf neutralem Boden an- zuerkennen, klingt fast eben so absurd als die bombastische Adresse der Umbrier, Sabiner, Volster und Samniten! — Der Bundesrath hat am 16. Febr. die officielle Anzeige von der Constatirung der römischen Republik erhalten. Nach den neueingelaufenen Consularberichten wird die Stimmung des italienischen Volkes gegen die Schweizer wegen der Kriegsdienste in Neapel immer bedenklicher.

Italien.

Florenz, 13. Febr. Die Entfernung des Großherzogs von Toscana könnte, wenn sie sich verlängern und beson- ders, wenn sie den Thronverlust dieses Fürsten herbeiführen würde, ernsthafte diplomatische Schwierigkeiten verursachen. Man weiß, daß das Großherzogthum Toscana zu Oester- reich gehörte, an welches dasselbe durch den Vertrag von 1735 abgetreten worden war. Im Jahre 1801 zu einem Königreich Ertrurien erhoben, hierauf im Jahre 1808 wieder mit Frankreich vereinigt, ist es im Jahre 1814 wieder an den Erzherzog Ferdinand zurückgefallen, unter der Bedingung der Rückfälligkeit, welche ursprünglich zum Nutzen der öster- reichischen Prinzen zugestanden war. Es scheint heute ge- wiß, daß der Kaiser von Oesterreich Willens ist, seine Rechte auf das Großherzogthum wieder in Anspruch zu nehmen, wenn der jetzige Großherzog seines Souveränitätsrechtes verlustig würde.

Die Stimmung im Toskanischen ist nicht überall revo- lutionär; an mehreren Orten sprach sich dieselbe zu Gunsten des Großherzogs aus. Montanelli mußte mehrere Reden halten, um Bürgerwehr und Volk für die provisorische Re- gierung zu gewinnen. Eine Generalversammlung soll ein- berufen werden, um über das Schicksal des Landes zu ent- scheiden; es ist indessen nach den letzten Vorgängen in Rom kaum etwas anderes zu erwarten, als daß die Republik proclamirt werde. Die Expedition nach Elba ist schlecht ab- gelaufen. Der Gouverneur von Longone ließ die Paar Compagnien Bürgerwehr von Livorno, die da ausgeschifft werden wollten, nicht an's Land. Die Stimmung der Be- wohner der Insel Elba geht dahin, eher sich Frankreich in die Arme zu werfen, als sich von der provisorischen Regie- rung das Gesetz dictiren zu lassen.

Der Großherzog von Toscana ist den 12. d. M. in Tu- rin eingetroffen.

Rom, 10. Febr. Die Nationalversammlung hat heute beschlossen, eine provisorische Regierung unter dem Namen „Vollziehungscomité“ niederzusetzen, und in dieselbe ge- wählt: Armellini, Saliceti und Montecchi.

Rom war am 11. ruhig. Ein feierliches Tedeum wurde an diesem Tage (einem Sonntage) im Dom von St. Peter abgehalten, dem die ganze Stadt beiwohnte. Die römische Republik soll an ihrer Spitze keinen Präsidenten haben, sondern drei Consuln.

Frankreich.

Paris, 18. Febr. Die Hauptstadt hat sich heute ganz dem Vergnügen des Faschings hingegeben. Den ganzen Tag waren die Boulevards von Spaziergängern gefüllt, unter denen sich aber diesmal weniger Masken befanden, als in früheren Jahren, und von einem Unterschied gegen sonst bemerkte man weiter Nichts, als daß in diesem Jahre überall Vorkehrungen getroffen waren, Ruhestörungen vor- zubeugen, während man zu anderen Zeiten der Carnevals- lust viel freier und unbeforgter sich hingab. Die Haupt- zierde des Carnevals, die Promenade des Faschnachtschens, wurde von vielen sehr vermist.

Emil v. Girardin veröffentlicht heute in der Presse einen langen Artikel mit seiner Namensunterschrift, was er seit langer Zeit nicht mehr that, in welchem er aus An- laß der nächsten Wahlen die Frage aufwirft, ob bei der- selben Aufrechterhaltung der Verfassung der Ordnungsruf sein soll. Er erklärt sich unbedenklich dafür, daß man die Verfassung achten müsse, sie aber immerhin nach drei Jah- ren revidiren und alsdann erforderlichen Falls die Präsi- dentschaft Louis Napoleon Bonaparte's verlängern könne.

Gestern hieß es hier in einigen politischen Salons, daß im Einverständnis mit allen Mächten der König von Ne- pel und der König von Sardinien im Kirchenstaat und Toscana interveniren würden. Man bringt mit diesem Interventionsproject die Reise des piemontesischen Gene- rals Bava, der sich von Turin über Florenz und Rom nach Neapel begibt, in Verbindung. Wenn sich diese In- tervention verwirklichte, so würden die französische und englische Flotte vor Civita-Vecchia und Livorno Position nehmen. So meldet die „Patrie“.

Fürst Poniatowski, der bevollmächtigte Minister des Großherzogs von Toscana bei der französischen Republik, und Commandeur Martini, desselben Souveräns Gesand- ter bei dem sardinischen Hofe und zugleich toscanischer Be- vollmächtigter bei den Brüsseler Conferenzen, haben erklärt, in keiner Weise an den Handlungen der gegenwärtigen provisorischen Regierung Theil nehmen zu wollen.

Die 5pEt. Rente schloß heute 82. 20.

* **Thon**, 15. Febr. Seit einigen Tagen haben die Ge- schäfte in unserer Stadt einen Aufschwung genommen, wie wir ihn seit langer Zeit nicht mehr gesehen haben. Bei den Seidenfabriken laufen zahlreiche Bestellungen ein und auch von Deutschland, das seit langer Zeit keine Waaren mehr von hiesiger Plage bezogen hatte, sind wieder Auf- träge eingegangen.

Spanien.

Madrid, 12. Febr. Zu Anfang der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde ein von Sanchez Silva und andern Abgeordneten der Minorität gestellter Antrag verlesen, in welchem verlangt wird, die Kammer möge die Dringlichkeit der Vorlage des Budgets aussprechen.

Zu einer der letzten Kammeritzungen äußerte Donoso Cortes in einer längeren Rede unter anderem Folgendes: „Meine Herren, weder in der Sklaverei, noch im Glend liegt der Keim der Revolutionen; diesen Keim werden Sie immer in den unnatürlichen, auf die Spitze getriebenen Wünschen der Menge finden, auf die Spitze getrieben durch Tribunen, welche diese Wünsche zu ihrem Nutzen auszu- beuten wissen. „Gleichheit mit den Reichen“, das ist der Wahlspruch der socialen Revolutionen gegen die Reichen; „Gleichheit mit den Adelligen“, heißt es bei den Revolu- tionen der Mittelklassen gegen die Adelligen; „Gleichheit mit den Königen“ bei den Revolutionen der Adelsklassen gegen die Könige. Endlich, meine Herren, „Gleichheit mit Gott“ — so war der Wahlspruch der ersten Revolution des Menschen gegen seinen göttlichen Schöpfer. In diesem Punkte waren alle Revolutionen gleichen Sinnes von Adam an, dem ersten Rebellen, bis auf Proudhon, dem letzten Nuchlosen. Was die Freiheit anbelangt, so begreife ich wahrlich nicht, wie man noch von Freiheit zu sprechen vermag. Wissen Sie denn nicht, daß die Freiheit gänzlich verschwunden ist? Haben Sie denn nicht mit mir ihrer schmerzlichen Passionszeit beigewohnt? Haben Sie nicht ge- sehen, wie sie von allen Demagogen der Welt verräthe- risch mißhandelt, geschmäht, mit Füßen getreten wurde? Nachdem sie nach und nach in den Bergen der Schweiz, an den Ufern der Seine, des Rheins, der Donau ihre Qualen erduldet, stieg sie auf den Quirinal, der für sie der Calvarier wurde. Meine Herren, es ist schmerzlich zu sagen: Die Freiheit lebt nicht mehr. Und sie wird nicht wieder auferstehen, nicht am Jahre, vielleicht nicht im dr- driten Jahre, die Freiheit Aller u Heiland auf die Welt. Da anerkannt, selbst von den Socialisten nennen Jesus e sie wagen es, sich seine Nach- folger, großer Gott! Sie, d- Nahe, die Nachfolger desjei- zu thun, der seinen Mund i- der in drei Jahren die staune- die Welt gesehen, vollendete, Tropfen anderen Blutes als

Großbr.

* **London**, 17. Febr. : vom 28. Jan. eingetroffen beschäftigte sich noch immer r- frone. In Yucatan ist die Ruhe wieder hergestellt. In Li- fionien dauert die Golbernte fort. Das gewonnene Gold soll von vorzüglicher Qualität sein. Die Regierung von Haiti hat den Entschluß gefaßt, seinen Angriff auf St. Domingo zu machen. 4500 Mann sollen dazu verwendet werden.

Vorgestern Abend wurde das gewöhnliche jährliche Fest zum Vortheil des deutschen Hospitals, seit dessen Grün- dung das vierte, in der London Tavern begangen. Den Vorsitz führte der Herzog von Cambridge, als Tafel- lauf- seher (Stewards) fungirten der Prinz Löwenstein (an Stelle des Ritters Bunsen, der jedoch morgen in London erwartet wird), der Graf Kielmansegg, hannover- scher Gesandter, Herr Ernst Bunsen und andere Deutsche ausgezeichneten Ranges und Namens. Eine Musikbande und ein deutscher Gesangverein verschö- nerten das Festmahl, welchem die in London wohnhaften Deutschen und die englischen Freunde und Gönner des Hospitals zahlreich beiwohnten. Der Herzog von Cambridge brachte unter dem lautesten Jubel der Anwesenden die Ge- sundheit des Königs von Preußen, als eines der freigebig- sten Gönner der Anstalt, aus, und wies in seiner Rede auf die vielen Schwierigkeiten hin, welche das Institut zu überwinden gehabt; wie jedoch die Schulden desselben sich rasch verminderten, die Einnahmen aber zunähmen, wie es jetzt drin- gend notwendig geworden, die Gebäude zu erweitern, um eine größere Zahl von Kranken aufnehmen zu können, wie er aber fest hoffe, daß sich dazu die nöthigen Geldmittel finden lassen würden u. s. w. Der Prinz von Löwenstein verbreitete sich in seiner Rede über den gegenwärtigen Zu- stand von Deutschland; Niemand könne das Ende der deutschen Wirren voraussehen; die Zukunft müsse zeigen, ob die im Laufe des vergangenen Jahres errungenen Frei- heiten der Grundstein einer wahren tatsächlichen Freiheit sein würden; man habe über die Bestrebungen Deutsch-

lands, zur Einheit zu gelangen, den Stab gebrochen, aber mindestens seien die gemeinsame Sprache, die Literatur und die Repräsentation Deutschlands nicht ins Reich der Träume zu verweisen, sie seien Wirklichkeiten. Ebenso gelte ihm diese Versammlung als ein Zeichen, daß das Gefühl der deutschen Einheit eine Wahrheit sei; das deutsche Hospital zu London sei für alle Deutsche errichtet, welchem Stamme und welchem religiösen Bekenntnisse sie auch angehörten. Zuletzt kam der Prinz v. Löwenstein noch auf den Zollverein, als eins der praktischen Resultate der deutschen Einheit, zu sprechen. Lauter Beifall folgte diesem Vortrage. Graf Kielmansegg brachte den Toast auf den Herzog von Cambridge als Vorigenden aus, worauf letz- terer noch folgende statistische Mittheilungen machte: im Laufe des letzten Jahres sind 443 Kranke inner- und 1739 außerhalb des Hospitals auf Kosten und durch die Mittel der Anstalt verpflegt und behandelt worden; seit der Grün- dung im Jahr 1845 zusammen 1380 Kranke inner- und 4925 außerhalb des Hospitals. Die Schenkungen, welche im Laufe des Abends für das Institut gemacht wurden, beliefen sich auf 1356 Pfd. und der Betrag der jährlichen auf die Tafel niedergelegten Schenkungen auf 170 Pfd. (D. 3.)

Nachricht.

Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser hat die vergangene Nacht besser und mehr geschlafen; wenn gleich der Husten öfter störte, so war er doch nicht heftig; die Fieberbewegungen minderten sich wieder.

Frankfurt, den 21. Februar 1849.

Dr. Taubes, kaiserlicher Rath.

Waibach. Das Ministerium des Innern hat ein Rescript erlassen, nach welchem alle rückständigen Wahlen für Frankfurt schleunigst vorzunehmen sind. (Kloyd.)

Die Nachricht von der Proclamation der Republik in Florenz reducirte sich auf Folgendes: Am 12. Febr. ward ein Versuch gemacht, auf der Piazza del Popolo die italienische Repu- blik zu proclamiren; Guerrazzi redete dem Volkshaufen ab, man möge die Dinge nicht überstürzen, und mit Proclamiren einer definitiven Regierungsform so lange warten, bis sich die gefegmäßig nach allgemeinem directen Stimmenrecht gewählten Deputirten in der Hauptstadt versammelt und reichlich die Frage berathen hätten. Man antwortete ihm mit lauten Rufen: es lebe die Republik, und ging später auseinander. Das Heer scheint sich der provisorischen Re- gierung gleichfalls anzuschließen; ein Versuch, den einige Soldaten in Florenz (11. Febr.) machten, gegen die Regie- rung aufzutreten, mißglückte.

In München herrschte auch noch am 18. Februar in Betreff der Ministerkrisis die alte Ungewißheit, die um so peinlicher wird, je näher der Wiederzusammentritt der zweiten Kammer rückt. Man erzählt, daß einige höhere Staatsbeamte — so Herr v. Bever und ein oder der an- dere Beamte aus der Provinz — zum Könige berufen wor- den; auch nach Frankfurt soll eine Berufung ergangen sein, an Hermann oder Edel, oder an beide, was denn alles mit den Geburtswehen des neuen Cabinets in Verbindung gebracht wird.

Börsenberichte.

Abends nach Ankunft der Madrider Post vom 12. d. M. blieben 3pEt. in.änd. Span. in der Effectensocietät wie zu Madrid etwas niedriger im Cours: 22 1/2 pEt. Geld.

Wien, 16. Febr. 5pEt. Metall. 84 1/2. — 4pEt. 69. — 3pEt. — 2 1/2 pEt. 44 1/2. — Bankactien 1115. — 500 fl. Loose 146. — 250 fl. Loose 90. — Nordbahnactien 99. — Gloggnitzer 95. — Mailänder 63.

Die Börse eröffnete heute etwas beliebter, die Course stellten sich aber durch viele Verkäufe etwas matter, und blieben zur Notiz angeboten.

Berlin, 19. Febr. Staatsschuldenscheine 80 1/2 B., Seehandlungs-Prämiencheine 99 bez. u. G., Bankactien 89 3/4 Rkt. bez. (ohne Div.), Berlin-Hamburg 55 etw. bez. Köln-Minden 78 1/2 B., 1/2 G., Friedrich-Wilhelms-Nordb. 37 3/4, 1/4 u. 1/8 bez. u. G., Rheinische 50 3/4 bez., Thüringische 50 3/4 Br., Russische 4pEt. bei Stieglitz 37 3/4 bez., Poln. 500 fl. Loose 75 Br., do. 300 fl. Loose 102 1/4 bez.

Der Geschäftsverkehr blieb höchst unbedeutend, und von den Cour- sen der Fonds sowohl als Eisenbahnactien ist im Allgemeinen keine erhebliche Veränderung anzugeben; nur Berlin-Hamburger Actien drückten sich um 3 1/2 pEt., in Folge des verbreiteten Gerüchts von einer überaus kleinen Dividende pro 1848, und waren auf fixe Lieferung noch bedeutend billiger angeboten.

London, 17. Febr. 3pEt. Stocks 93 3/4. — 5pEt. Span. 17 1/2 à 1/4. — Neue 3pEt. 29 1/4. — 4pEt. Portug. — 2 1/2 pEt. Holländ. —

Amsterdam, 18. Febr. 4 Utr. 2 1/2 pEt. Integr. 49 15/16, 7/8. — 5pEt. Ard. 11 1/2. — do. 2. 510-Stücke 11 3/4, 11 1/15, 1/2. — 3pEt. inf. à 6000 fl. 22 1/2, 1/16, 3/8. — Coupons 8 3/8. Auf die niedriger angekommenen Course von Paris von vor- gestern war heute die Stimmung im Allgemeinen sehr lau. In 3pEt. Franz. wurden ansehnliche Partien verhandelt. In unbestimmte Ard. und 3pEt. Inländ. waren die Geschäfte ebenfalls animirt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Mallen.

Für die Waisen v. Auerwald's

sind bei uns ferner eingegangen: von J. C. E. in Hanau 3 fl. 30 und von W. in G. 17 fl. 30, was wir dankbar hierdurch bescheinigen, zum Empfange weiterer Beiträge uns bereit erklärend.

Frankfurt, 20. Februar 1849. Redaction der S.-P.-A.-Zeitung.

Benachrichtigungen.

[408] Zu vermieten.

1) In der gesündesten Lage der Stadt, Hochstrasse Nr. 45, eine sehr sonnige Wohnung von 9 à 10 Zimmern u. s. w. und Mitbenutzung eines schönen vor der Nordluft ganz geschützten sonnigen Gartens. 2) An der Bockenheimer Chaussee, nicht weit von der Wohnung Lord Cowley's, ein schönes sehr bequem eingerichtetes Haus von 15 Zimmern mit schönem Garten; oder dasselbe in 2 Wohnungen à 9 und à 6 Zimmer abgetheilt. Näheres bei dem Eigentümer, Hochstrasse Nr. 45 gleicher Erde.

[465] Bekanntmachung.

Bei den nachstehend bezeichneten Herzoglich Nassauischen Poststellen befinden sich mehrere Poststücke und ein Vertriebsbrief, welche als unbesetzbar von den resp. Bestimmungsorten zurückgesendet worden sind, sowie einige in den Eilwagen aufgefunden Gegenstände, nämlich: bei der Postverwaltung zu Wiesbaden: ein Poststück an den Wirth zur Krone in Wiesbaden; ein " an Herrn A. Schwarz in Frankfurt; ein " " v. Bibra in Weiburg; ein " " Jung auf dem Johannisberg; ein " " Liefer zu Weiburg; ein " " Weber zu Karlsruhe und ein Geldbrief an Fräulein Carolina Saal in Weiburg; bei der Postverwaltung zu Gens: ein Poststück an Herrn Bernhard Berninghaus zu Köln; bei der Postverwaltung zu Limburg: ein Poststück an Herrn Buchhändler Kreidel zu Wiesbaden und bei der Postverwaltung zu Radesheim: ein Poststück an Herrn Walter, Literat zu Mannheim, so wie mehrere in den Eilwagen aufgefunden Gegenstände. Die Eigentümer dieser Gegenstände werden daher hiermit aufgefordert, solche bei den benannten Poststellen gegen gehörige Legitimation resp. gegen Rückgabe des betreffenden Postcheines, sowie gegen Bezahlung des darauf haltenden Porto's binnen sechs Monaten in Empfang zu nehmen, widrigenfalls nach Umlauf dieses Termins anderweit darüber wird verfügt werden. Frankfurt, den 16. Februar 1849.

Ober-Post-Amt.

Hauptziehungen 5. und 6. Klasse

115. Frankfurter Lotterie

am 7. März und 31. März a. c.

Haupttreffer: fl. 211,000, 2 mal 100,000, 50,000 u. s. f. Ganze Loose zu 90 fl., 1/2 zu 45 fl., 1/3 zu 30 fl., 1/4 zu 22 fl., 30 fr., 1/5 zu 11 fl., 15 fr. empfiehlt

Carl Höchberg, Hauptcollecteur

Brückhofstraße in Frankfurt a. M.

Erziehungs- und Unterrichts-Anstalt

für Töchter höherer Stände in Bonn am Rhein.

Das Ziel dieser seit mehreren Jahren bestehenden Anstalt ist eine auf sittlicher Grundlage ruhende, den Anforderungen der Familie und der höheren Gesellschaft entsprechende Ausbildung der Zöglinge. Die Anstalt hat so wenig als möglich den Charakter einer bloßen Schule und die Zahl der Zöglinge ist so beschränkt, daß eine strenge Eintheilung in Klassen nicht stattfindet, der Unterricht vielmehr immer nach Verhältnis der Anlagen, Kenntnisse und Fortschritte der Zöglinge ertheilt wird.

Nähere Auskunft und den, die Unterrichtsgegenstände, so wie die Bedingungen der Aufnahme enthaltenden Prospectus ertheilen auf portofreie Anfragen

in Koblenz: Herr Confessorialrath Cunz, Herr Generalarzt Dr. Sübener, Herr J. Clemens; in Sinzig: Herr Schulinspector Pastor Stumpf; in Köln: Herr Appellationsgerichtsrath Broicher, Herr Stadtphysikus Dr. Canetta, Herr Commerzienrath Herrstatt, Herr Geheimrath Klöb; in Bonn: Herr von Noorden, Herr Commerzienrath Weerth und die unterzeichnete Vorsteherin.

Bonn, im Februar 1849.

[454] Henriette Lottner.

[424] Wein-Versteigerung.

Donnerstag den 22. Februar, Nachmittags 3 Uhr, werden auf freiwilliges Ansehen nachverzeichnete rein und besten gehaltenen Weine, als:

- 1 Stück 1844r Deidesheimer, 1 Stück 1842r Rüdesheimer, 2 " " Wachenheimer, " " " Defbacher Auslese, 6 " 1842r Eitwiler, " " " Naumbacher Berg, 8 Dhm 1846r rother Oberingelheimer,

in dem Saal des Herrn Fay zum „Wolfsack“ öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

Am Versteigerungstag Vormittags von 9 bis 12 Uhr können diese Weine in besagtem Local probirt werden.

C. Velsner, Ausrufer.

[471] Spargelpflanzen.

2- und 3jährige 1 fl. und 1 fl. 12 fr. pr. 100 Stück in bekannter Güte, hoch- und niederstämmige Rosen mit schönen Kronen pr. 100 Stück 40 fl., desgleichen auch wurzelächte Kronen und Landrosen in vielen Sorten à 6-18 fr., 3jährige Weinseglinge der besten Tafeltrauben à 6-8 fr., die beliebten neuen Maasfließchen (Bellis perennis pl.) in 20-24 Varietäten pr. 100 Stück 36 fr., 1000 Stück 5 fl., Wiederverkäufer erhalten bedeutenden Rabatt. Neelle und billige Bedienung meine Hauptforge. Briefe und Gelder erbitte franco, gleichwie auf Franco-Briefe meine Verzeichnisse gratis zugesendet werden.

Heinrich Noack,

Handelsgärtner in Bestungen vor Darmstadt.

[472] Bürger-Verein.

Be sammlung im Wolfsack Donnerstag 22. Febr., Abends 7 Uhr.

Fortsetzung der Beratung über Geschworenengerichte und deren Wahl; Mittheilung des badischen Commissionsberichts.

Bayerische Biere.

Durch die wohlfeileren Frachten und schnelleren Transporte mittelst des Kanals und der Eisenbahnen ist der Unterzeichnete in den Stand gesetzt, die alt rühmlich bekannten vortreflichen Biere der Gräfl. Pfüllers-Kimburgischen Brauereien in Burgarrnbach bei Nürnberg den Herren Gastwirthen und Restaurateurs zur Empfehlung zu bringen.

Es werden geliefert:

- 1) Farnbacher Bock, welcher wegen des specifischen Wassers nirgends her ähnlich geliefert werden kann, vom Monat October bis Anfang Juni. 2) Farnbacher Doppel-Lagerbier, das ganze Jahr. 3) weisses Doppelbier

zu allgemein befriedigenden Preisen. Den Herren Abnehmern wird noch die besondere Zusicherung gegeben, daß zur Befestigung der Concurrerz in jeder Stadt unter 30,000 Einwohnern die Biere nur einem Einzigen zugewendet werden. — Gefällige Bestellungen besorgt allein

J. F. S. Schmid,

[468] Vorstand Hofenhof in Nürnberg.

Einladung zur Subscription.

[435] Im Monat März wird erscheinen:

Friedrich Wilhelm IV.

im Krönungs-Ornate, in der Hand die Verfassung und den Palmzweig haltend.

Nach dem Urtheile hiesiger Künstler und Sachkenner ist die Ausführung der Statue von 2 Fuß Höhe gut gelungen. Da dieselbe in weissen Porzellanthon angefertigt und ausgebrannt ist, so kann solche nicht nur im Zimmer, sondern auch im Garten aufgestellt werden.

Der Subscriptionspreis ist für:

- 1) Pracht-Exemplare, fein vergoldet. Thlr. 10. 2) Exemplare in Goldbrunze " 6. 3) ditto in grüner Bronze " 5. 4) ditto ganz weiß " 4. 5) Emballage für Auswärtige " Sgr. 15.

Die Verendung geschieht nach der Reihenfolge der Einzelsendung, weshalb ich mir die Aufträge baldigst einzuweisen bitte. Diejenigen, welche Subscribenten sammeln wollen, belieben mir ihre Anträge franco einzusenden.

Düsseldorf, am 5. Februar 1849.

Gustav Braunmüller.

[459] So eben erschien und ist bei Fr. Benj. Auffarth, Zeitl. Nr. 38 zu haben:

Die Empörung der Reaction von 1848.

Drama in drei Aufzügen

nebst einem Vorspiele von Ch. Dumont in Mainz.

Dem deutschen Volke und seinen Repräsentanten gewidmet.

Preis 36 fr.

Eine politisch-satirische Darstellung der früheren und letzten Zeitverhältnisse.



Rheinische Dampfschiffahrt.

Kölnische Gesellschaft.

Tägliche Fahrten vom 19. Januar 1849:

[278] Von Mainz Morgens 6 Uhr nach Köln (Düsseldorf, Eibersfeld-Hamm). " Mainz " 8 " " Köln (Aachen). " Mainz " 10 " " Köln (Minden-Berlin etc.), im Anschluss an den Eisenbahnzug Morgens 8 Uhr von Frankfurt. Mainz Nachmitt. 2 1/2 " " Mannheim. Biebrich rheinabwärts 1 Stunde später wie in Mainz. Mannheim Morgens 6 Uhr nach Köln. Coblenz rheinabwärts Morgens 6, 8 und 12 Uhr, rheinabwärts Morgens 10 1/2 und Nachmittags 12 1/2 und 2 1/2 Uhr. Köln Morgens 5 1/2 Uhr nach Mainz, Morgens 9 1/2 und Abends 10 nach Coblenz-Mannheim, Morgens 5 1/2 nach Arnheim. Arnheim Morgens 6 Uhr nach Köln, Coblenz, Mainz, Mannheim.

Nähere Auskunft und Billete in Frankfurt a. M. bei dem Agenten Herrn F. Böhm, Rossmarkt, auf dem Filial-Bureau bei Herrn G. B. Peill auf der Zeil, im Taunus-Bahnhofs, und für die Postreisenden im Postbureau.

[462] Café Milani.

Frühstück à 12 und 18 fr. Breakfast à 12 and 18 fr. Déjeuner à 12 et 18 fr. Colazione à 12 e 18 fr.

Druck von August Scherrieth.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brusttieg von George in Epinal, wofür derselbe bei der Industralausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditior Schott, große Sandgasse, zu haben.

[467] Allen fernem Verwandten und Freunden mache ich die traurige Anzeige, daß unsere geliebte Schwester und Mutter, Auguste Breuninger aus Regensburg, am 14. d. M. nach einem kurzen Krankenlager dahier ihr irdisches Daseyn vollendet hat. Domburg v. d. Höhe am 19. Februar 1849. Die Hinterbliebenen.

[461] In der Nähe des neuen Taunus-Thores, schönste Lage vor der Stadt, sind mehrere möblirte Zimmer zu vermieten. F. G. Nr. 17.

[457] Ein junger Mann aus achtbarer Familie, Soländer von Geburt, der die Handlung in einem Hause des Oberheins erlernte, in der holländischen, deutschen, französischen und englischen Sprache bewandert ist und die besten Zeugnisse anzuweisen hat, sucht eine Dienststelle. Derselbe steht mehr auf gute Behandlung als hohes Salair. Briefe unter Adresse J. G. besorgt die Expedition d. Bl.

[469] Anzeige.

Junge Leute, welche in Bremen die höheren Lehranstalten besuchen, oder am Comptoir arbeiten, finden dort in einer gebildeten Familie Wohnung und Verpflegung, auch zugleich Gelegenheit sich in neuern Sprachen auszubilden. Auf frankirte Briefe ertheilt nähere Auskunft Dr. S. A. Müller, Koblhöckerstraße Nr. 11 B in Bremen.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[370] Edictalladung. Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des verstorbenen hiesigen Bürgers und Schlossermeisters Johann Paul Ahl, Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen zwei Monaten bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen auswärtig wohnenden Intestatverben ohne einige Caution verabfolgt werden wird. Frankfurt, den 5. Februar 1849.

Stadt-Gericht II. Senator Dr. Böhmer. Dr. Eysen, 1r Secr.

[371] Edictalladung. Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des verstorbenen hiesigen Rechtsanwalts und Büchhändlers Johann Philipp Schard aus Bidingen und dessen vor ihm verstorbenen Ehefrau Petronella, geborne Hansvelt aus dem Haag, Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen zwei Monaten bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen auswärtig wohnenden Intestatverben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 5. Februar 1849. Stadt-Gericht II. Senator Dr. Böhmer. Dr. Eysen, 1r Secr.

[369] Edictalladung. Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des dahier verstorbenen Lehrers Isaak Löw Ettenheimer, genannt Cobeimer, aus Kirch in Bayern, Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen zwei Monaten bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen auswärtig wohnenden Intestatverben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 5. Februar 1849. Stadt-Gericht II. Senator Dr. Böhmer. Dr. Eysen, 1r Secr.

[366] Edictalladung. Nachdem der hiesige Pfleger und Buchdrucker Job. Emil Mittenzwey und dessen Ehefrau, Elisabeth Christine, geborne Schröder, mit einem Moratorien-gesuche eingekommen sind, so werden alle diejenigen, welche aus irgend einem Rechtsgrunde einen Anspruch an dieselben zu machen haben, edictaliter andurch vorgeladen, um in dem ammit auf Dienstag, den 13. März 1849, Vorm. 9 Uhr, beanneten Termine entweder persönlich oder durch legale Anwaltshandlung ihre Forderungen dahier zu liquidiren, über das angebrachte Moratorien-gesuch sich zu erklären, auch für den Fall eines entstehenden Concurres ihre etwaigen Vorzugrechte anzuführen, bei Vermeidung, daß alle im Termine nicht erscheinenden Gläubiger entweder für einwilligend in das nachgesuchte Moratorium erachtet werden, oder im Fall des entstehenden Concurres, mit ihren Forderungen, wie andurch eventuell geschieht, von der Masse ausgeschlossen sein sollen, auch keine weitere Ladung, als an der Amtstahre erfolgen wird.

Zugleich werden die etwaigen Schuldner genannter creditarischer Eheleute angewiesen, die schuldigen Beträge bei Vermeidung nochmaliger Zahlung nur an den verpflichteten Curator, Frn. Dr. Giar, zu entrichten. Frankfurt a. M., den 5. Februar 1849. Stadt-Amt II. Dr. Pfarr. Dr. Antoni, Act.

(Nebst Konversationsblatt und Beilage.)